VISAR KRYEZIU / AP

EU-Vertretung in Priština

BUNDESNACHRICHTENDIENST

Heikle Verhandlungen nach Festnahme von BND-Beamten

Die drei Deutschen, die vergangene Woche im Kosovo festgenommen wurden, sind Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND). Die kosovarischen Anti-Terror-Ermittler verdächtigen die Beamten, an einem Sprengstoffanschlag auf die EU-Vertretung in Priština beteiligt gewesen zu sein. Die Agenten beteuern dagegen, sie hätten lediglich den Tatort inspiziert. Einer der Deutschen war beobachtet worden, wie er in ein leeres Nachbargebäude einstieg, von dem aus offenbar der Sprengsatz geworfen worden war. Der Agent hatte von dort aus ein beim Anschlag beschädigtes Büro fotografiert. Er und seine beiden Begleiter waren daraufhin am Mittwoch festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt worden. Der Arrest hat zu diplomatischen Verwicklungen zwischen dem Auswärtigen Amt in Berlin und der Regierung in Priština geführt. Grund ist die offenbar nicht offiziell angemeldete Tätigkeit der deutschen Agenten im Kosovo. Üblicherweise akkreditieren Staaten die Residenten ihres Geheimdienstes bei der Regierung des Gastlandes, damit die Beamten diplomatische Immunität genießen. In diesem Fall hat BND-Präsident Ernst Uhrlau darauf verzichtet, die Männer gehörten nicht zur offiziellen Residentur. Am vergangenen Freitag erklärten die Ermittler in Priština, bei den Deutschen handele es sich ihrer Bewertung nach „weder um Diplomaten, Polizisten, Soldaten oder Experten mit einem internationalen Ausweis“. Damit droht den Agenten ein Verfahren wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit. Die BND-Beamten hatten versucht, die Umstände des Anschlags aufzuklären. Bei einer Pressekonferenz hatten Kosovo-Präsident Fatmir Sejdiu und Regierungschef Hashim Thaçi die Tat als „Werk der Feinde des Kosovo“ verurteilt.

BUNDESPRÄSIDENT

Wahlkampf auf Distanz

Staatschef Horst Köhler will bis zur Bundesversammlung im Mai jeden gemeinsamen Auftritt mit Herausforderin Gesine Schwan vermeiden, selbst am Gedenktag für Nazi-Opfer im kommenden Jahr. Hinter den Kulissen wurde darum gerangelt, wie die entsprechende Gedenkveranstaltung Ende Januar im Bundestag ablaufen wird. Köhler ist als Hauptredner vorgesehen und hat auch zugesagt. In den vergangenen Jahren moderierte Schwan eine anschließende Diskussion mit Schülern, Politikern und dem Hauptredner. Die Bundestagsverwaltung fragte Schwan, ob sie auch im kommenden Jahr für die Moderation zur Verfügung stehe, ein Telefonat des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU) mit Schwan über den Termin folgte. „Ich habe mitgeteilt“, sagt die SPD-Kandidatin, „dass ich diese Einladung gern annehme.“ Doch Köhler wird an der Diskussion mit Schwan und den Schülern

AXEL HEIMKEN / AP

Köhler

GEORG MORITZ

Schwan

nicht teilnehmen. Er habe dafür keine Einladung, erklärt dazu Präsidialamtssprecher Martin Kothé, „gäbe es sie, würde er absagen“. Der Bundespräsident habe klargestellt, dass er keinen Wahlkampf um das Amt ausrichten und an keinen Veranstaltungen teilnehmen werde, die als Wahlkampf missdeutet werden könnten, erst recht nicht am Auschwitz-Gedenktag.

AUSSENPOLITIK

Pikante Aufnahme

Berlin will die Schließung des US-Gefangenenlagers Guantanamo unterstützen – und nimmt dafür sogar eventuellen Streit mit China in Kauf. Sollte der künftige US-Präsident Barack Obama das umstrittene Gefängnis auflösen, prüft die Bundesregierung die Aufnahme von Häftlingen, die der chinesischen Minderheit der Uiguren entstammen. „Die Schließung Guantanamos darf nicht daran scheitern, dass niemand die Häftlinge aufnimmt“, sagt Günter Nooke (CDU), Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung. „Wir müssen handlungsfähig sein, wenn eine neue US-Administration uns um Unterstützung bittet.“ Bisher hatte Berlin sich trotz amerikanischen Drucks geweigert, Häftlinge aus Guantanamo aufzunehmen. Ein Kurswechsel wäre eine Geste an Obama; dieser braucht Länder, die zur Aufnahme von Ex-Häftlingen aus Guantanamo bereit sind. Mit Peking dagegen wäre Ärger programmiert, da die chinesische Regierung die Auslieferung der Uiguren verlangt, die sie für Terroristen hält. Um den Zorn Pekings nicht allein auf sich zu ziehen, bemüht sich die Bundesregierung derzeit hinter den Kulissen intensiv, andere EU-Staaten ebenfalls zur Aufnahme von uigurischen Häftlingen zu bewegen. Vor allem bei skandinavischen Staaten zeichnet sich dazu offenbar Bereitschaft ab.